



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 22. Dezember 2011

Aus Berlin

Versorgungsstrukturgesetz passiert Bundesrat

Das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (Versorgungsstrukturgesetz) hat den Bundesrat passiert und kann wie geplant am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) erklärte dazu: „Unser Ziel ist es, Patienten im Versorgungsalltag an der hohen Qualität, die unser Gesundheitswesen unbestritten hat, teilnehmen zu lassen. Dieses Ziel erreichen wir durch eine Verbesserung der medizinischen Versorgung, eine engere Verzahnung der Leistungssektoren, einen schnelleren Zugang zu Innovation und weitere Spielräume für mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.“ ([Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 16. Dezember](#))

Chef des Pflegebeirats tritt zurück

Rückschlag für die Pflegereform: Der Vorsitzende des Pflegebeirates, Dr. Jürgen Gohde, hat sein Amt niedergelegt. Er habe den Eindruck gewonnen, dass es der Koalition für die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes zugunsten von Demenzzkranken an der nötigen Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit fehle, sagte Gohde dem Tagesspiegel. Neue Chefs des Expertengremiums sind ab Januar das ehemalige Vorstandsmitglied des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Klaus-Dieter Voß, und der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller (CSU). Das kündigte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) an, dem die Opposition vorwarf, dass Gohdes Rücktritt ein Scheitern der Bemühungen sei, die Pflegeversicherung zu reformieren.

Trotz steigender Ausgaben wird die gesetzliche Pflegeversicherung dieses Jahr mit einem Überschuss in Höhe von voraussichtlich rund zwei Milliarden Euro abschließen. Durch die für 2013 geplante Pflegereform soll der Beitrag von derzeit 1,95 Prozent auf 2,05 Prozent steigen. Darüber hinaus werde es in den kommenden Jahren weitere Beitragssatzerhöhungen geben, kündigte der Bundesgesundheitsminister auf einer Mitgliederversammlung des GKV-Spitzenverbands an. ([Der Tagesspiegel, 17. Dezember](#); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember; [Berliner Morgenpost, 21. Dezember](#))

Geänderte Approbationsordnung für Ärzte kommt

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat eine Änderung der Approbationsordnung für Ärzte vorgestellt. Die neuen Regelungen sollen der Nachwuchsgewinnung dienen, Medizinstudierende und deren spätere Niederlassung als Hausarzt fördern sowie die Allgemeinmedizin in der Ausbildung stärken. Die Verordnung des BMG sieht unter anderem vor, das Staatsexamen zeitlich aufzulockern und teilweise vor das Praktische Jahr (PJ) zu legen. Zwei weitere Änderungen betreffen direkt das PJ: Studenten sollen es in Teilzeit absolvieren dürfen, außerdem soll es an mehr Krankenhäusern als bisher angeboten werden. Dazu soll das „universitäre Auswahlrecht für die Lehrkrankenhäuser zur praktischen ärztlichen Ausbildung“ abgeschafft werden. Das kritisiert vor allem der Medizinische Fakultätentag (MFT) als

„Missachtung der Bundesärzteordnung“ und befürchtet einen „Qualitätsverlust in der Ärzteausbildung“. In den Einwänden des MFT gegen mehr „PJ-Mobilität“ sieht wiederum der Hartmannbund eine „rückwärtsgewandte Mentalität“. Der Bundesrat muss den Änderungen noch zustimmen. ([Pressemitteilung des BMG, 20. Dezember](#); [Pressemitteilungen des MFT, 14. November](#) und [15. November](#); [Pressemitteilung des Hartmannbunds, 22. Dezember](#))

BMG veröffentlicht Änderungen für 2012

Neben dem Versorgungsstrukturgesetz werden ab dem 1. Januar 2012 weitere Änderungen wirksam, wie das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mitgeteilt hat. Zum Beispiel erhöhen sich die Beitragsbemessungsgrenze und die Versicherungspflichtgrenze im Vergleich zu diesem Jahr. Die Beitragsbemessungsgrenze steigt auf 3.825 Euro im Monat (2011: 3.712,50 Euro) und die Versicherungspflichtgrenze auf 4.237,50 Euro im Monat (2011: 4.125 Euro). Der durchschnittliche Zusatzbeitrag bleibt bei Null Euro. ([Pressemitteilung des BMG, 19. Dezember](#))

EU-Kommission: Gesundheitsberufe nur noch mit Abitur

Auf geteiltes Echo stoßen Pläne der Kommission der Europäischen Union (EU), wonach die Ausbildung zum Krankenpfleger oder zur Hebamme künftig nur nach zwölf Schuljahren, also mit einem Abiturabschluss, möglich sein soll. Als „längst überfällig“ bezeichnete etwa die Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe, Gudrun Gille, die Pläne. „Die Anforderungen sind gestiegen. Wer das Niveau der pflegerischen Ausbildung stabilisieren will, kann mit dieser Forderung nur einverstanden sein“, sagte Gille. Der CSU-Gesundheitspolitiker Johannes Singhammer kritisierte dagegen das Vorhaben der EU-Kommission. Er befürchtet eine weitere Verschärfung des Fachkräftemangels. Durch eine Verlängerung der Schulausbildung auf zwölf Jahre entstünde „eine Lücke von zwei Jahren entstehen, in denen keine frisch ausgebildeten Pfleger oder Krankenschwestern zur Verfügung stehen werden. Das macht doch überhaupt keinen Sinn“, kritisierte Singhammer. Ähnlich äußerten sich der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe und die Deutsche Krankenhausgesellschaft. ([Berliner Zeitung, 21. Dezember](#) und [21. Dezember](#))

Aus KBV und KVen

BundesArztsuche-App ist jetzt auch für Android-Smartphones erhältlich

Die Besitzer von Smartphones mit dem Android-Betriebssystem können ab sofort die BundesArztsuche-App der KBV herunterladen und nutzen. Bislang war dies nur für iPhones möglich. Die iPhone-App erscheint Ende Dezember in der überarbeiteten Version 2.0. Die BundesArztsuche-App ist kostenlos und ermöglicht es, einen Arzt oder Psychotherapeuten in der Nähe zu finden. Die Suche kann verfeinert werden, zum Beispiel hinsichtlich Fachgebiet und Sprache des Arztes. Die App zeigt die Ergebnisse als Liste oder auf einer Karte an. [Mehr Informationen und der Link zum Download stehen hier zur Verfügung.](#) ([Pressemitteilung der KBV, 22. Dezember](#))

KBV stellt aktuellen Qualitätsbericht vor

Der Qualitätsbericht 2011 informiert über den aktuellen Stand der Qualitätsförderung in der vertragsärztlichen Versorgung. Der Bericht basiert auf den Qualitätsprüfungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und deren Qualitätssicherungskommissionen. Themen des Berichts sind zum Beispiel die Knie- und Schultergelenkspiegelung und das Ultraschallscreening in der Schwangerschaft. [Der aktuelle Qualitätsbericht ist hier erhältlich.](#) ([Pressemitteilung der KBV, 15. Dezember](#))

KV-on: Unterstützung für Kinder krebskranker Eltern und Großeltern

Eine Krebserkrankung ist eine Diagnose, die für Betroffene schwer zu verarbeiten ist. Aber auch Kinder der erkrankten Eltern leiden darunter. Denn sie bekommen vom Krankheitsverlauf oft mehr

mit, als den Eltern lieb ist. KV-on stellt den Verein Flüsterpost vor, der Kindern in dieser schweren Zeit besondere Unterstützung bietet. ([Videopodcast auf KV-on, 20. Dezember](#))

KV-on: Zurück in die Praxis

Die Kaiserin Friedrich-Stiftung in Berlin bietet mit Unterstützung der KBV Weiterbildungskurse für Mediziner an, die nach einer längeren Pause wieder in ihrem Beruf arbeiten möchten. Im Thema der Woche auf KV-on, berichtet die Geschäftsführerin Dr. Gisela Albrecht, warum diese Kurse so wichtig sind und was die Teilnehmer davon haben. ([Videopodcast auf KV-on, 16. Dezember](#))

KV Hessen: Versorgung chronisch Kranker gefährdet

Die BARMER GEK prüft die Abrechnung von sogenannten Chronikerziffern und fordert fünf Millionen Euro von hessischen Hausärzten zurück. Dies hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen mitgeteilt und das Vorgehen scharf kritisiert. Die KV sieht durch diese „Unverschämtheit“ sowohl die Versorgung chronisch kranker Patienten als auch die Existenz vieler Hausärzte gefährdet. ([Pressemitteilung der KV Hessen, 19. Dezember](#))

Resolution der KV Hessen: Kritik an der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen ist wegen bestehender Sicherheitsbedenken gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Sie lehnt es ebenfalls ab, die Onlinestammdatenaktualisierung vorzuziehen. Die Kritik wurde auf der Vertreterversammlung der KV Hessen als Resolution einstimmig verabschiedet. ([Pressemitteilung der KV Hessen, 22. Dezember](#))

KV Nordrhein: Arzneimittelvereinbarung 2012

Für das Gebiet der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein liegt die Arzneimittelvereinbarung 2012 vor. „Die Vereinbarung folgt weiterhin dem Grundsatz: Beratung vor Regress“, hat der Vorstandsvorsitzende der KV, Dr. Peter Potthoff, erklärt. Die KV Nordrhein hatte erfolglos versucht, die Me-too-Liste abzuschaffen. Die Liste wird, bedingt durch die frühe Nutzenbewertung bei neuen Arzneimitteln, nicht weitergeführt. Neuerungen gibt es auch bei der Verordnung von Blutzuckerteststreifen: Zum Beispiel dürfen sie künftig für ein ganzes Quartal verordnet werden. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 19. Dezember](#))

KV Rheinland-Pfalz: „AOK schadet Impfquote in Rheinland-Pfalz“

Der Impfstoff-Konflikt zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der AOK in Rheinland-Pfalz geht weiter. Der stellvertretende Vorsitzende der KV Rheinland-Pfalz, Dr. Peter Heinz, hat kritisiert: „Ohne konkrete Anhaltspunkte unterstellt die AOK Rheinland-Pfalz Hunderten von Ärztinnen und Ärzten bei der Erbringung von Impfleistungen Unregelmäßigkeiten und Unwirtschaftlichkeit.“ Wie die KV mitteilte, prüft die AOK Regresse bei Impfstoffen, die die Ärzte bestellt, aber nicht verbraucht haben. ([Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 20. Dezember](#))

Aus den Verbänden

Josef Hecken soll GBA-Vorsitzender werden

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat den früheren Präsidenten des Bundesversicherungsamtes, Josef Hecken, als neuen unparteiischen Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) nominiert. Dr. Harald Deisler soll für eine zweite Amtszeit als Unparteiischer berufen werden. Neu hinzukommen soll die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Bundesärztekammer, Dr. Regina Klakow-Franck. KBV und Deutsche Krankenhausgesellschaft müssen noch zustimmen. ([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbands, 19. Dezember](#); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember)

Erster GBA-Beschluss zur frühen Nutzenbewertung von neuen Arzneimitteln

Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat das erste Verfahren einer frühen Nutzenbewertung für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen abgeschlossen. Demnach weist der Wirkstoff Ticagrelor zur Behandlung bestimmter Herz-Kreislaufkrankungen einen Zusatznutzen auf. Nun müssen der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung und der Hersteller von Ticagrelor Preisverhandlungen führen. ([Pressemitteilung des GBA, 15. Dezember](#))

Gericht kippt Mindestmenge für Frühgeborene

Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg hat die Mindestquote des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) für die Versorgung von Frühgeborenen gekippt. Damit ist der Beschluss hinfällig, nach dem Kliniken Frühchen nur behandeln dürfen, wenn sie mindestens 30 Fälle pro Jahr haben. Die Bundesärztekammer (BÄK) begrüßte das Urteil. „Die willkürliche Festlegung einer Mindestmenge für bestimmte Krankenhausleistungen ist kein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Versorgungsqualität“, sagte Dr. Günther Jonitz, Vorsitzender der Qualitätssicherungsgremien der BÄK. Der Vorsitzende des GBA, Dr. Rainer Hess, kündigte Revision vor dem Bundessozialgericht an. ([Ärzte Zeitung, 21. Dezember](#); [Pressemitteilung der BÄK, 22. Dezember](#); [Pressemitteilung des GBA, 22. Dezember](#))

Ärzteumfrage: Guten Noten für Weiterbildung, schlechte Noten für Arbeitsbedingungen

Die Qualität der ärztlichen Weiterbildung ist zwar besser geworden, doch prägen Arbeitsbelastung, Bürokratie und Überstunden den Berufsalltag von Weiterbildungsärzten. Zu diesem Ergebnis ist die Bundesärztekammer (BÄK) in einer Online-Umfrage unter 30.000 Ärzten im Rahmen des Projektes „Evaluation der Weiterbildung“ gekommen. ([Pressemitteilung der BÄK, 16. Dezember](#))

Vergütungsregelung für ambulante neuropsychologische Leistungen gefordert

Neurologen, Nervenärzte und Psychiater begrüßen den Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses von Ende November, die ambulante neuropsychologische Diagnostik und Therapie als Kassenleistung zuzulassen. Nun müssten noch die Zulassungsbedingungen für Ärzte und Psychotherapeuten und die Vergütung dieser neuen Leistung geklärt werden, forderte jetzt der Vorsitzende des Berufsverbands Deutscher Neurologen, Dr. Uwe Meier. (Pressemitteilung des Berufsverbands Deutscher Nervenärzte, 15. Dezember)

Test auf Schwangerschaftsdiabetes wird Kassenleistung

Schwangere haben künftig Anspruch auf einen Test auf Schwangerschaftsdiabetes (Gestationsdiabetes) als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung. Einen entsprechenden Beschluss hat der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) gefasst. Vorgesehen sind zwei Tests im sechsten oder siebten Schwangerschaftsmonat: Ein Vortest und gegebenenfalls ein zweiter, entscheidender Zuckertest. ([Pressemitteilung des GBA, 15. Dezember](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 4,8 Millionen

4,8 Millionen Menschen arbeiteten 2010 im Gesundheitswesen. Das waren 90.000 mehr als im Jahr 2009. Diese Zahlen veröffentlichte das Statistische Bundesamt (DESTATIS). ([Pressemitteilung des DESTATIS, 15. Dezember](#))

Aus der Presse

KBV-Vertreterversammlung: Schwerpunkt VStG und Müllers Entscheidung

Das Deutsche Ärzteblatt berichtet in einem ausführlichen Artikel von der KBV-Vertreterversammlung (VV). Hauptthema der Veranstaltung war vor allem das Versorgungsstrukturgesetz (VStG). Neben den auf der VV diskutierten Themen, wie Bedarfsplanung, geht es in dem Artikel auch um die Entscheidung des KBV-Vorstands Dr. Carl-Heinz Müller: Er bat um die vorzeitige Auflösung seines Vertrags. Müller wolle künftig mehr Zeit mit seiner Familie verbringen und auch wieder verstärkt in seiner Hausarztpraxis tätig sein, zitiert ihn die Zeitung. ([Deutsches Ärzteblatt, 16. Dezember](#))

Aus dem Terminkalender

- 09.01.2012 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)
Berlin, 18-20 Uhr
- 09.01.2012 – [15. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall](#)
20.01.2012 Berlin
- 25.01.2012 – [Kooperationstagung zum Thema: Arzneimitteltherapiesicherheit – Herausforderung für die ambulante Versorgung](#)
Berlin, 13-17 Uhr
- 27.01.2012 – [2. Süddeutsche Fortbildungstage für Ärztinnen und Ärzte](#)
28.01.2012 Augsburg
- 27.02.2012 – [KBV Messe Versorgungsinnovation 2012](#)
29.02.2012 Die Versorgungsmesse in Berlin
- 24.03.2012 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München
- 13.06.2012 Tag der Niedergelassenen auf dem Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit
2012
- 25.07.2012 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München
- 24.11.2012 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 07

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 07

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>